



*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

Brüssel, den 30. April 2014

## **EIN AKTIONSPLAN FÜR EUROPA**

## Aufbau dieses Dokuments

1. Die nachstehende Erklärung richtet sich in erster Linie an die Bürgerinnen und Bürger Europas. Ohne sie und ihr Engagement würde das europäische Projekt wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Sie sind die wichtigsten Protagonisten in diesen schwierigen Zeiten.
2. Im zweiten Teil des Dokuments werden die Argumente für ein Überdenken der europäischen Governancestrukturen angeführt, um – aufbauend auf der Gemeinschaftsmethode – das volle Potenzial der europäischen organisierten Zivilgesellschaft zu mobilisieren.
3. Der dritte Teil ist der hauptsächlich an das neue Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission gerichtete Aktionsplan, in dem eine Reihe konkreter Maßnahmen auf der Grundlage der Tätigkeiten und Stellungnahmen des EWSA vorgeschlagen werden.

## **I. Erklärung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)**

### **Ihre Stimme für eine wettbewerbsfähige, soziale, gerechte und demokratische Europäische Union**

#### **Fünf Jahre zur Rettung der Union!**

Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Wir haben fünf Jahre Zeit, um die Union zu retten und neu aufzubauen, indem wir aus der Finanzkrise lernen, die zu einer sozialen und politischen Krise geführt hat. Die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Neubesetzung der Europäischen Kommission im Jahr 2014 bieten die Gelegenheit für einen politischen Wandel und eine breit angelegte Debatte über die Zukunft Europas.

Als Brücke zur Zivilgesellschaft fordert der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss alle politischen Akteure nachdrücklich auf, alles dafür zu tun, dass eine partizipative, soziale und gerechte Integration erreicht wird. Wir müssen Solidarität aufbauen, um nationalen Ressentiments und zunehmender Selbstbezogenheit entgegenzuwirken. Das gescheiterte Krisenmanagement hat Populismus gefördert und antieuropäische Bewegungen wiedererstarken lassen. Deshalb brauchen wir eine klare und umfassende Antwort auf die Befürchtungen des europäischen Volkes in Bezug auf die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit.

Gefragt sind nicht Nationalismus und Populismus, gefragt ist europäisches Handeln. Wir brauchen ein Investitionsprogramm mit dem Ziel, Wirtschaft und Gesellschaft so zu strukturieren, dass sie ressourceneffizient, nachhaltig, innovativ und inklusiv sind und den Bedürfnissen einer älter werdenden europäischen Bevölkerung Rechnung tragen. Damit wird Europa für die Zukunft gerüstet und international wettbewerbsfähig sein. Für diese Antwort müssen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen.

***Das Europäische Parlament hat beim Kurswechsel in der derzeitigen Politik eine entscheidende Rolle zu spielen. Das Parlament kann dazu beitragen, dass sich die Europäische Union durch die Stärkung der Wirtschaftsunion, der Sozialunion und der Demokratie- und Bürgerunion neu aufstellt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Europas zurückgewinnt.***

Wir fordern eine wettbewerbsfähige, soziale, gerechte und demokratische Union, die Europas Potenzial umfassend ausschöpft, eine Union mit starken Werten, Rechten und Politiken; eine echte Union. Deshalb ist es so wichtig, wählen zu gehen!

## **II. Argumente für einen Aktionsplan für Europa**

### **Eine Wertegemeinschaft: ihre früheren und heutigen Herausforderungen und eine Vision für die Zukunft**

1. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, vor welchem Hintergrund die Europäische Gemeinschaft errichtet wurde, weshalb sie notwendig war. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg war die Gemeinschaft eine rationale Antwort auf die schlimmsten Konflikte, die die Menschheit je gekannt hatte. Nach 70 Jahren Frieden wird hier und da vergessen, dass ohne diese Errungenschaft keine der anderen nachfolgenden Errungenschaften möglich gewesen wäre. Europa stand der Großen Depression als geteilter Kontinent gegenüber, und die Folgen waren traumatisch: Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Verzweiflung; eine Wirtschaftskrise, die Nationalismus, Rassen- und Klassenhass befeuerte. Diese Entwicklungen und Verwerfungen führten geradewegs in den Krieg. Mit der Entschlossenheit, dass sich dies nie mehr wiederholen darf, errichteten die Gründer des vereinten Europas zunächst die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – und der Friede, der aus der Errichtung der Europäischen Gemeinschaften entstand, war ihr größter Erfolg.
  - 1.1 In dem Wissen, dass sich die Geschichte zwar nicht einfach wiederholt, Muster jedoch wiederkehren können und werden, müssen wir heute fest und unmissverständlich die unteilbaren und universellen Werte – Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Vielfalt –, auf denen Europa beruht, sowie die Grundprinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bekräftigen, die sie Wirklichkeit haben werden lassen. Zur Konsolidierung dieser Werte hat Europa demokratische Verfahren und Instrumente der sozialen Integration entwickelt. Diese Werte den Bürgerinnen und Bürgern der EU zu vermitteln, damit sie sie befolgen und verbreiten, wird ebenfalls zur Priorität. Europa braucht eine Politik, die mit diesen Werten in Einklang steht. Historisch betrachtet sind die Europäische Gemeinschaft – und ihre Rechtsnachfolgerin, die Europäische Union – absolut einzigartig. In Schlüsselmomenten der Geschichte ist Europa zu kühnen und weitreichenden demokratischen und institutionellen Neuerungen imstande gewesen. Weshalb dann nicht auch heute innovativ agieren, zu einer Zeit, in der die Europaverdrossenheit um sich greift, die Solidarität zwischen den Staaten bröckelt und die Bürgerinnen und Bürger für bessere Lebensbedingungen und echte Teilhabe an den demokratischen Prozessen auf die Straße gehen?
  - 1.2 Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass zwei Wege für die Zukunft der EU ausgeschlossen sind. Erstens die Zerlegung der EU und die Rückkehr zu einem zwischenstaatlichen Ansatz, was dem Tod des europäischen Traums von einem "Europa der Völker" gleichkäme. Diese Option, die in vielen Ländern von jenen politischen Kräften vertreten wird, die die europäische Integration am heftigsten ablehnen, würde schlicht den Frieden und das Wohl künftiger Generationen gefährden. Zweitens die Beibehaltung des Status quo – die Lösung, die von der Mehrheit der politischen Kräfte befürwortet wird. Auf diese Weise würde eine Europäische Union in Schiefelage am Leben erhalten, die einerseits

durch einen großen und zunehmend globalisierten Markt und andererseits durch bürokratische Kontroll- und Koordinierungsverfahren gekennzeichnet wäre. Es liegt deutlich auf der Hand, dass immer mehr Menschen dieses "unvollendete und komplizierte Europa" ablehnen, das sie nicht schützt und sie eher voneinander trennt, statt sie zu einen.

- 1.3 Der EWSA tritt für einen anderen Weg ein – einen, der beinhalten würde, dass Europa sich auf seine wirtschaftlichen und sozialen Akteure stützt, um seine gemeinsamen Interessen zu bestimmen und zu vertreten und so auf dieser Grundlage eine gemeinsame Politik zu gestalten, die Unionsbürgerschaft, Demokratie und wechselseitige Solidarität fördert. Dieser Weg würde eine Neuauflage der seinerzeit von Jean Monnet geschaffenen *Gemeinschaftsmethode* erfordern. Die *Gemeinschaftsmethode Plus* würde bedeuten: starke Institutionen mit einer starken europäischen Vision, die Seite an Seite mit der Zivilgesellschaft daran arbeiten, das Projekt Europa voranzubringen. Sie würde auch bedeuten, die zwischenstaatliche Dimension zurechtzustutzen.<sup>1</sup>
- 1.4 Europa ist zu demokratischer Innovation fähig, indem es verschiedene Initiativen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ergreift (z.B. die europäische Bürgerinitiative). Die *Gemeinschaftsmethode Plus* ist eine stärker strukturierte und umfassendere Methode und ein bedeutender Schritt nach vorn im Vergleich zu den herkömmlichen Konsultationsprozessen. Es ist die Vision eines echten Dialogs mit den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Akteuren, eines Dialogs mit direkten Auswirkungen auf die Politik der Union. Der Vertrag von Lissabon hat den Weg zur Erreichung einer stärker auf Teilhabe ausgerichteten Demokratie in Europa bereits eröffnet. Doch dieses Potenzial muss weiter ausgebaut werden. Eine Entscheidung in einem Land kann tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen in anderen Ländern haben. Wir brauchen stärkere Institutionen, damit die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, hier Abhilfe zu schaffen.
- 1.5 Zu diesem Zweck und als Folgemaßnahmen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Neubesetzung der Europäischen Kommission ist das Jahr 2015 der geeignetste Zeitpunkt, um einen *Europäischen Konvent auf der Grundlage von partizipativer Demokratie und aktiver Bürgerschaft* zu veranstalten. Dieser Konvent ist nicht nur erforderlich, um die Debatte über die demokratische Gestaltung Europas voranzubringen, sondern auch, um eine echte Bürgeragenda aufzustellen, die von der Union und ihren Mitgliedstaaten angegangen werden muss.
- 1.6 Eine bürgerzentrierte Union sollte auf die wichtigsten Anliegen der Europäerinnen und Europäer eingehen. Gemäß der Eurobarometer-Umfrage<sup>2</sup> vom Dezember 2013 hat das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union einen historischen Tiefstand von 31% erreicht, und zwei Drittel sind der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt.

---

<sup>1</sup> Siehe die Stellungnahme zu der *Erneuerung der Gemeinschaftsmethode* vom 21. Oktober 2010 – SC/033 – CESE 1363/2010.

<sup>2</sup> Standard-Eurobarometer 80, Dezember 2013, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb80/eb80\\_first\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_first_de.pdf).

Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftslage (von 51% bzw. 33% der Befragten genannt) sind die bei Weitem am häufigsten erwähnten Anliegen der Europäer, während als die beiden wichtigsten Probleme, die die EU in Angriff nehmen muss, Arbeitslosigkeit (48% der Antworten) und die wirtschaftliche Situation (38% der Antworten) erachtet werden. Die EU wird trotz des niedrigen Niveaus an allgemeinem Vertrauen in ihre Fähigkeit zur Krisenbewältigung immer noch als der am besten platzierte Akteur zur Ergreifung wirksamer Maßnahmen gegen die Auswirkungen der finanziellen und wirtschaftlichen Krise gesehen (von 22% der Befragten – einer relativen Mehrheit).

- 1.7 Wegen der Krise, aus der die Europäerinnen und Europäer keinen Ausweg sehen, wird der Schutz der Grundrechte durch zunehmende Ungleichgewichte und antidemokratische Haltungen bedroht und muss weit oben auf der Agenda der Europäischen Union stehen. Dem damit zusammenhängenden Thema der Barrierefreiheit als Menschenrecht für Menschen mit Behinderungen muss ebenfalls besonderes Augenmerk gelten.<sup>3</sup>
- 1.8 Der EWSA kann die *demokratische Resilienz* stärken, d.h. die Fähigkeit politischer Einrichtungen und sozialer Organisationen, Grundrechte, demokratische Werte, Pluralismus und Toleranz zu propagieren. Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen sind derzeit die wichtigsten Triebkräfte der europäischen Agenda. Für die EU-Organe hat es Priorität, sich den antidemokratischen Diskursen und Haltungen entgegenzustellen, die in einigen europäischen Ländern gefährlich nahe daran sind, Teil der politischen Mitte zu werden.
- 1.9 Es ist auch wichtig, die am *zivilen Dialog* beteiligten Einrichtungen auf allen Ebenen zu stärken. Durch die Interaktion mit der organisierten Zivilgesellschaft sollte die Beschlussfassung wieder mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger verknüpft werden. Das Überleben der EU und der Institutionen auf nationaler Ebene steht auf dem Spiel, und auf gemeinsamen Beratungen und Konsensfindung beruhende Prozesse können zu mehr Legitimität und Substanz verhelfen.
- 1.10 Nicht zuletzt muss das Konzept der Solidarität auf andere Arten von Interaktionen (z.B. Solidarität zwischen den Generationen, den Menschen mit und ohne Behinderungen) ausgeweitet werden. Solidarität ist etwas, das schrittweise, im Laufe der Zeit und durch einen fortlaufenden Bildungsprozess entsteht. Solidarität ist der Schlüssel für den Aufbau einer tragfähigen und wirksamen politischen Architektur, und hierfür sind auch mehr EU-Haushaltsmittel erforderlich.
- 1.11 Im Aktionsplan werden konkrete Vorschläge in drei Bereichen unterbreitet, die sich unmittelbar auf die Lebenschancen jedes einzelnen Menschen auswirken werden, der in der EU lebt und arbeitet.

---

<sup>3</sup>

Siehe die Stellungnahme *Barrierefreiheit als Menschenrecht für Menschen mit Behinderungen* vom 21. Januar 2014 - TEN/515 -CESE 3000/2013.

### III. Der Aktionsplan des EWSA: ein Europa der Werte in der Praxis

2. Die EU ist in beständiger Veränderung begriffen. Wir brauchen eine klare Bewertung des Zustands der europäischen Gesellschaft und Politik und ein eindeutiges Verständnis der aktuellen Herausforderungen. Der EWSA hat zur Aufgabe, die europäische Zivilgesellschaft in den Prozess des institutionellen Wandels mit hineinzunehmen und ihr Potenzial zur weiteren Förderung der europäischen Integration wachzurufen. Der Aktionsplan baut auf der Erfahrung und dem Sachverstand der EWSA-Mitglieder auf und enthält eine Reihe von Vorschlägen, die dazu beitragen würden, die EU ihrem Ziel anzunähern und gleichzeitig auf derzeitige und künftige Herausforderungen zu reagieren. In diesem Aktionsplan werden konkrete Maßnahmen in drei miteinander verwobenen und einander ergänzenden Bereichen vorgeschlagen.

#### 2.1 **Aufbau eines prosperierenden Europas durch Konsolidierung der Wirtschaftsunion**

- 2.1.1 Der EWSA hat bei zahlreichen Gelegenheiten seine Ideen und Vorschläge zu den neuen Instrumenten für die wirtschaftspolitische Steuerung<sup>4</sup> geäußert. Diese geben die Meinung der zivilgesellschaftlichen Organisationen darüber wider, wie die Europäische Union auf eine wirtschaftliche und soziale Integration hinarbeiten sollte. Tenor dieser Stellungnahmen war stets, dass es einer vollendeten Wirtschafts- und Währungsunion und einer weiteren und tiefer gehenden wirtschaftlichen Integration und des sozialen Zusammenhalts bedarf – und nicht nur einer besseren Koordinierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten, damit die Europäerinnen und Europäer vom Binnenmarkt profitieren können.
- 2.1.2 Durch die Krise sind sowohl die wirtschaftlichen und sozialen Kosten eines Europas ohne EU als auch der Mehrwert einer auf europäischer Ebene geführten Wirtschaftspolitik, insbesondere – doch nicht ausschließlich – für die Länder des Euroraums, klar hervorgetreten. Die Einsetzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi vom Juli 2012, er werde "was auch immer nötig ist" tun, um die gemeinsame Währung zu retten, haben die Marktvolatilität vorübergehend beruhigt und das Vertrauen der Europäerinnen und Europäer und der Unternehmen in der ganzen Welt auf das Fortbestehen von Europa und das Funktionieren der europäischen Solidarität wiederhergestellt.

---

4

Zusätzlich zu den nachstehend als Beispiel genannten Stellungnahmen siehe auch die Stellungnahmen zu der *Mitteilung der Kommission – Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung* vom 17. Februar 2011 – ECO/282 – CESE 352/2011, zu dem *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euroraum* – ECO/285 – CESE 798/2011 und zu dem *Grünbuch "Langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft"* vom 10. Juli 2013 – ECO/347 – CESE 2677/2013.

- 2.1.3 Der EWSA begrüßte daher den gemeinsamen Ansatz der vier Präsidenten von Europäischem Rat, Kommission, Eurogruppe und EZB, wie er aus dem Bericht *Towards a genuine Economic and Monetary Union*<sup>5</sup> hervorgeht, den sie dem Europäischen Rat im Juni 2012 vorlegten, nämlich im Laufe der nächsten zehn Jahre zu einer tragfähigeren WWU-Architektur überzugehen, die auf integrierten finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Rahmen sowie auf einer stärkeren sozialen Dimension beruht. Bedauerlicherweise ist der im Juni 2012 eingeleitete Prozess weitgehend auf Verhandlungen zwischen den im Rat vertretenen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten beschränkt geblieben, obgleich das Europäische Parlament und der EWSA stets deutlich gemacht haben, dass der Erfolg einer Vertiefung der EU-Integration in erster Linie davon abhängt, die Unionsbürgerinnen und -bürger schon von Anfang an einzubeziehen. Der EWSA zeigt sich besorgt darüber, dass ein rein zwischenstaatlicher Ansatz die Unterstützung der politischen Kräfte, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft für ein stärker integriertes Europa weiter verwässern wird. Nachfolgend hat der EWSA detaillierte Empfehlungen für eine engere Einbindung der Zivilgesellschaft in die wirtschaftspolitische Steuerung sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene gemacht.<sup>6</sup>
- 2.1.4 Der EWSA ist überzeugt, dass Fortschritte auf dem Weg zu einer Wirtschaftsunion dringend notwendig sind, da die grundlegenden Probleme der EU nach wie vor bestehen. Von den vier Bausteinen zur Umstrukturierung der WWU, die in dem genannten Bericht dargelegt werden, bleibt im Zuge der Bemühungen um eine Beseitigung der systembedingten Unzulänglichkeiten des Aufbaus der WWU entsprechend dem Maastricht-Vertrag nur wenig übrig. Angesichts dessen fordert der EWSA die EU-Organe eindringlich auf, in den nächsten fünf Jahren als notwendige Ergänzung zur Währungsunion eine Wirtschafts- und Fiskalunion anzustreben. Die Wirtschafts- und Fiskalunion sollte auf haushaltspolitischen Synergien beruhen und folgende Bestandteile enthalten:

- 1) Gemeinsame europäische Investitionsanstrengungen: ein europäischer Investitionsplan innerhalb eines integrierten Finanzrahmens, um ausreichende Investitionen in die Modernisierung Europas, dauerhaften Wohlstand und Beschäftigung für alle sowie eine bessere Lebensqualität durch qualitatives Wachstum sicherzustellen. Von zentraler Bedeutung ist hier die Energiepolitik in Europa. Ein Plan dieser Art mit einem starken Pfeiler von Sozialinvestitionen in mehr und bessere Arbeitsplätze wäre darauf ausgerichtet, eine Erhöhung der Produktivität auf lange Sicht mit der kurzfristigen Wirtschaftserholung zu kombinieren. Er könnte neue Impulse für qualitatives Wachstum bieten, und zwar durch eine nachhaltige Industrie- und Dienstleistungspolitik mit dem Schwerpunkt auf einer umsichtigen Ressourcennutzung.

---

<sup>5</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/crisis/documents/131201\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/crisis/documents/131201_en.pdf).

<sup>6</sup> Siehe die Stellungnahme zu der *Mitteilung der Kommission – Jahreswachstumsbericht 2014* vom 26. Februar 2014 – EUR/006 – CESE 7466/2013.



- 2) Gemeinsame Schuldenpolitik des Euroraums<sup>7</sup>, einschließlich eines Schuldentilgungsfonds, wie vom Europäischen Parlament<sup>8</sup> verlangt, und der Schaffung von Anleihen im Euroraum, wie im Grünbuch<sup>9</sup> der Europäischen Kommission dargelegt, sowie kurzfristigerer Euro-Anleihen (Eurobills).
- 3) Bessere Koordinierung der Finanzpolitik nicht nur auf der Ausgabenseite, wie im "Sechserpaket", im "Zweierpaket" und im Fiskalpakt festgelegt, sondern auch auf der Einnahmenseite durch eine besser koordinierte Steuerpolitik, um Steuerflucht zu unterbinden und die demokratische Legitimität zu stärken.<sup>10</sup>
- 4) Einlagensicherungen und die Möglichkeit, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus illiquide, aber nicht insolvente Banken unmittelbar rekapitalisiert, sowie ein glaubwürdiger finanzieller Auffangmechanismus zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Bankensektor und zur Aufhebung der Kreditklemme, insbesondere für KMU.<sup>11</sup>
- 5) Umsetzung einer wirtschaftspolitischen Ex-ante-Koordinierung, wie von der Europäischen Kommission<sup>12</sup> vorgeschlagen, einschließlich eines Fiskalkapazitäts- und Solidaritätsmechanismus auf EU-Ebene zur Abfederung asymmetrischer Schocks.<sup>13</sup> Der EWSA hat das Verfahren zur Feststellung makroökonomischer Ungleichgewichte als wichtiges Instrument der neuen wirtschaftspolitischen Steuerungsstruktur der Union gutgeheißen. Die derzeit angewendeten Verfahren zur Festlegung makroökonomischer Ungleichgewichte müssen jedoch überarbeitet und

---

7 Siehe die Stellungnahmen zum Thema *Wachstum und Staatsverschuldung in der EU* vom 23. Februar 2012 – ECO/307 – CESE 474/2012, zum Thema *Zehn Jahre Euro – und jetzt? Die wirtschaftliche und politische Zukunft der EU und der neue Vertrag* vom 22. Mai 2013 – ECO/334 – CESE 1929/2012 und zu der Mitteilung der Kommission *Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion – Auftakt für eine europäische Diskussion* vom 22. Mai 2013 – ECO/340 – CESE 166/2013.

8 Siehe die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Januar 2013 zur *Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen* – P7\_TA-PROV(2013)0018.

9 Siehe die Stellungnahme zu dem *Grünbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen* vom 11. Juli 2012 – ECO/326 – CESE 1576/2012.

10 Siehe die Stellungnahme zu der *Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist* vom 13. Februar 2013 – ECO/336 – CESE 1932/2012.

11 Siehe die Stellungnahmen zum Thema *Zehn Jahre Euro – und jetzt? Die wirtschaftliche und politische Zukunft der EU und der neue Vertrag* vom 22. Mai 2013 – ECO/334 – CESE 1929/2012 und zu der *Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist* vom 13. Februar 2013 – ECO/336 – CESE 1932/2012. Die OECD hat vor Kurzem Fehler bei ihren Vorhersagen eingeräumt, die teilweise auf die Unterschätzung zeitgleich durchgeführter Sparmaßnahmen im Euroraum zurückzuführen sind. Siehe *OECD forecasts during and after the financial crisis: a post mortem*, OECD Economics Department Policy Note no. 23, <http://www.oecd.org/eco/outlook/OECD-Forecast-post-mortem-policy-note.pdf>.

12 Siehe die Kommissionsmitteilungen *Auf dem Weg zu einer vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion – Einführung eines Instruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit* (COM(2013) 165 final) und *Auf dem Weg zu einer vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion – Vorabkoordinierung größerer wirtschaftspolitischer Reformvorhaben* (COM(2013) 166 final) vom 20. März 2013.

13 Siehe die Stellungnahme zu diesen beiden Mitteilungen vom 22. Mai 2013 – ECO/348 – CESE 3043/2013.

gestärkt werden, um sowohl Defizite als auch Überschüsse auf symmetrische Weise zu verringern.<sup>14</sup>

- 6) Fortschritte in Richtung einer kohärenten Haushalts- und Fiskalunion durch eine echte Koordinierung nationaler und europäischer Haushalte bei gleichzeitigem Übergang zu einer schrittweisen Einführung eines gemeinsamen Haushalts für den Euroraum, der der makroökonomischen Politik Gestalt verleiht, als Ergänzung zur Währungspolitik auf Gemeinschaftsebene.<sup>15</sup>
- 7) Fortführung der Arbeiten zur Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung<sup>16</sup>, um sowohl Währungsdruck abzumildern als auch zu vermeiden, dass die Lohnpolitiken der Mitgliedstaaten die volle Wucht asymmetrischer Schocks auffangen müssen.
- 8) Förderung des Unternehmergeistes und Erleichterung der Gründung und Weiterführung von Unternehmen. Die Behörden sollten mithilfe von Regeln für einen fairen Wettbewerb ein unternehmensfreundliches Umfeld schaffen, die Rechtsdurchsetzung und die Arbeitsweise des Rechtssystems verbessern sowie sicherstellen, dass das Regelungsumfeld so stabil wie möglich ist.
- 9) Die EU und die Mitgliedstaaten haben sich kollektiv darauf geeinigt, den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt der umwelt-, wirtschafts- und vor allem energiepolitischen Maßnahmen der Union zu stellen. Die Union muss sich mit den derzeitigen Anliegen der Öffentlichkeit befassen in Bezug auf Energiekosten, Kohlenwasserstoff-Brennstoffe für den Verkehr und die Erzeugung von Wärme, Licht und Kraft für die private und kommerzielle Nutzung. Der EWSA empfiehlt, den Energiebinnenmarkt dadurch zu vollenden, dass Fortschritte bei Plänen für eine Verknüpfung der nationalen Energienetze in einem europäischen Netz gemacht werden, was es ermöglichen wird, die Erzeugung erneuerbarer Energie zu optimieren und die Preisniveaus der Mitgliedstaaten zu harmonisieren.

---

<sup>14</sup> Siehe die Stellungnahme zu den Vorlagen *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum und Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte* vom 5. Mai 2011 – ECO/286 – CESE 799/2011 sowie zu den Themen *Zehn Jahre Euro – und jetzt? Die wirtschaftliche und politische Zukunft der EU und der neue Vertrag* – ECO/334 – CESE 1929/2012 vom 22. Mai 2013 und *Jahreswachstumsbericht: Das Gesamtkonzept der EU zur Krisenbewältigung nimmt weiter Gestalt an* vom 15. März 2011 – EUR/001 – CESE 544/2011.

<sup>15</sup> Siehe die beiden unter Fußnote 9 genannten Stellungnahmen ECO/334 und ECO/340.

<sup>16</sup> Es haben Überlegungen stattgefunden, auf dessen Grundlage ein Diskussionspapier für die Kommission ("An euro-area wide unemployment insurance as an automatic stabiliser: Who benefits and who pays?") erarbeitet, jedoch kein Kommissionsvorschlag herausgegeben wurde. In zwei Mitteilungen (COM(2012) 777 final/2 und COM(2013) 690) wird auf eine Fiskalkapazität für das Euro-Währungsgebiet und ein Stabilisierungssystem breiteren Umfangs Bezug genommen. Weitere Informationen unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-837\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-837_de.htm) => Warum hat die Kommission nicht eine Arbeitslosenversicherung für den Euroraum vorgeschlagen?

- 10) Stärkung des Verbraucherschutzes und der Verbraucherrechte im Rahmen der Bürgerrechte mit dem Ziel, die Beteiligung und Mitgestaltung der Verbraucher bei der Definition einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Politik für das wirtschaftliche und soziale Wachstum zu fördern.

## 2.2 **Aufbau eines gerechten Europas durch Weiterentwicklung der Sozialunion für mehr Wachstum und Arbeitsplätze**

- 2.2.1 Angesichts der Wirtschaftskrise und ihrer sozialen Auswirkungen haben viele Bürgerinnen und Bürger die Befürchtung, dass das europäische Sozialmodell auf dem Spiel steht und die Marktintegration die EU-Agenda dominiert. Infolgedessen verlieren sie das Vertrauen in den Willen und die Fähigkeit der EU-Organen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Welches waren bisher die wesentlichen Elemente eines sozialen Europas? Im Weißbuch Sozialpolitik von 1994 beschrieb die Kommission ein "europäisches Sozialmodell" im Sinne von Werten, zu denen Demokratie und individuelle Rechte, Tarifautonomie, Marktwirtschaft, Chancengleichheit für alle sowie Sozialschutz und Solidarität gehören. Das Modell gründet auf der Überzeugung, dass wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Fortschritt untrennbar sind: "Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität wurden beide beim Aufbau eines erfolgreichen Europas für die Zukunft berücksichtigt"<sup>17</sup>.
- 2.2.2 Der EWSA hat stets betont, dass die EU nicht nur ein gemeinsamer Markt, sondern ein großes politisches Projekt ist, das auf starken Werten und grundlegenden Sozialrechten beruht, und dass wirtschaftliches Wachstum in der EU immer mit sozialem Fortschritt Hand in Hand gehen sollte. Eine zentrale Herausforderung nach der Krise besteht darin, Armut zu verringern und das Vertrauen in einen gerechten und sozialen Integrationsprozess wiederherzustellen. Den sozialen Ungleichgewichten sollte daher dieselbe Aufmerksamkeit gelten wie den wirtschaftlichen. Zwar ist die Sozialpolitik eine geteilte Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten, wo verschiedene nationale Sozialsysteme und -politiken und europäische Initiativen einander ergänzen müssen, doch ist sie für die Akzeptanz des Integrationsprozesses von wesentlicher Bedeutung.
- 2.2.3 Kernelemente einer mehr "sozialen Union" – als Triebfeder einer stark wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts sowie eines hohen Schutzniveaus – sind somit europäische soziale Mindeststandards, Mechanismen für Solidarität durch Programme und Finanzierung sowie soziale Stabilisatoren und Initiativen zur Gewährleistung von Gleichbehandlung und gerechter Mobilität für alle auf dem europäischen Arbeitsmarkt.
- 2.2.4 Für den EWSA muss die Politik stärker auf die Menschen als auf die Märkte ausgerichtet werden. Der EWSA hat in den letzten Jahren mehrfach betont, dass besonderes Augenmerk

---

17

Weißbuch *Europäische Sozialpolitik – Ein zukunftsweisender Weg für die Union* vom 27. Juli 1994 – COM(94) 333 final.

auf Vollbeschäftigung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Weiterqualifizierung sowie die Gewährleistung einer besseren Abstimmung zwischen Kompetenzen und Arbeitsmarkterfordernissen, die Beschäftigungsfähigkeit, die Qualität der Arbeit und grüne und bessere Arbeitsplätze gerichtet werden sollte. Europa muss die Erreichung der Ziele der Europa-2020-Strategie mit mehr Engagement und Glaubwürdigkeit betreiben. Der Vertrag von Lissabon bietet neue Mittel und Wege, die sozialen Aspekte Europas zu stärken, die noch nicht gänzlich ausgelotet worden sind.

2.2.5 Zu diesem Zweck fordert der EWSA die EU-Organe nachdrücklich auf, eine Sozialunion mit den folgenden Schlüsselprioritäten zu entwickeln:

- 1) Den Schwerpunkt in allen Politikbereichen auf den sozialen Zusammenhalt legen: die letzte EU-Erweiterung und die darauf folgende Sozialkrise, die zunehmenden Ungleichheiten sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedstaaten, und das Versprechen von sozialem Zusammenhalt und sozialem Fortschritt, das sich nicht für jeden erfüllt hat. Es bedarf daher neuer Impulse für den sozialen Zusammenhalt.
- 2) Zusammen mit allen Interessenträgern eine neue Europäische Sozialagenda erstellen: In einem Sozialprogramm mit darin enthaltenem Aktionsplan könnten klare und greifbare Ziele – sowohl qualitative als auch quantitative Ziele – gesteckt werden, die auf den bereits für die Europa-2020-Strategie festgelegten Zielen aufbauen und diese verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung der Anstrengungen für eine Reindustrialisierung Europas, die Verbesserung der Dienstleistungen, den Abbau und die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Garantie der sozialen Grundrechte, die Förderung von Unternehmertum und neuen Arbeitsplätzen, die Bekämpfung von Armut, die Fortführung der sozialen Eingliederung, die Erleichterung von Sozialinvestitionen, die Förderung der Hochschul- und Berufsbildung, die Förderung von gerechter Mobilität sowie die Stärkung der sozialen Ausrichtung der EU-Integration und der partizipatorischen Teilhabe am Projekt Europa.<sup>18</sup>
- 3) Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern gewährleisten und dabei das Recht, in einem anderen Land zu arbeiten, als eine der grundlegenden Freiheiten der Europäischen Union sichern: Das in der Charta der Grundrechte und in den EU-Verträgen verankerte Verbot aller Formen der Diskriminierung ist für die Bürgerinnen und Bürger Europas von entscheidender Bedeutung. Der EWSA lehnt jede Begrenzung dieser Grundfreiheit ab und ist besorgt über die gegenwärtige Infragestellung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Darüber hinaus werden in den nächsten fünf Jahren wirksame Maßnahmen erforderlich sein, um eine gerechte Mobilität zu gewährleisten.

---

18

Siehe die Stellungnahme zum Thema *Die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion* vom 22. Mai 2013 – SC/038 – CESE 1566/2013.

- 4) Normen für ein Mindesteinkommen festlegen: Eine der Lehren aus der Sozialkrise ist, dass die Bürgerinnen und Bürger besser geschützt werden müssen. Es reicht nicht aus, einen Rettungsschirm für Banken bereitzustellen – die Menschen brauchen ihn auch. Der EWSA hat deshalb eine europäische Initiative zur Festlegung europäischer Normen für ein Mindesteinkommen gefordert. Für Krisenzeiten braucht Europa starke wirtschaftliche und soziale Stabilisatoren.<sup>19</sup>
- 5) Die Perspektiven für junge Menschen verbessern: Europa kann nicht einfach nur auf eine Besserung der Wirtschaftslage warten; es muss rasch und wirksam handeln, um die Beschäftigungsaussichten für junge Europäerinnen und Europäer zu verbessern. Zusätzlich dazu müssen in vielen Mitgliedstaaten strukturelle Probleme durch Reformen der Arbeitsmärkte und der Systeme für die allgemeine und für die berufliche Bildung angegangen werden. Eine "verlorene" Generation mit dem brachliegenden Potenzial junger Menschen kann zu einer Gefahr für die europäische Integration insgesamt werden. Daher müssen ausreichende Finanzmittel für diesen Bereich bereitgestellt werden. Entsprechend dem Modell des Globalisierungsfonds muss ein Gemeinschaftsprogramm für Jugendarbeitslosigkeit (Jugendbeschäftigungsfonds) eingerichtet werden.<sup>20</sup>
- 6) Die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie fördern: Es ist sehr wichtig, die Eigenständigkeit der Sozialpartner und ihre besondere Rolle nach Maßgabe der Verträge zu fördern und vor allem die Autonomie der Lohnverhandlungen im Kontext des "Europäischen Semesters" umfassend zu achten. Des Weiteren muss die EU sicherstellen, dass Vereinbarungen zwischen den europäischen Sozialpartnern voll eingehalten werden. Dies bedeutet, dass Vereinbarungen, die im Zuge des sozialen Dialogs getroffen werden, in verbindliche Rechtsvorschriften umgewandelt werden sollten, wenn die Sozialpartner dies wünschen.
- 7) Eine EU-Agenda für "Arbeit 4.0" entwickeln – mit Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, die Demokratie am Arbeitsplatz gewährleisten: Ausreichende Arbeitnehmerrechte und gute Sicherheits- und Gesundheitsschutzbestimmungen sind wesentliche Bestandteile für die Gestaltung und Modernisierung des europäischen Sozialmodells. Neue technologische und wirtschaftliche Vorstöße wie Entwicklungen auf den Gebieten Cloud Computing und Big Data sowie bei der Wertschöpfungskette, intelligente Fabriken, Robotik usw. verändern die Arbeitswelt. Für die notwendige Modernisierung der Industriebasis und der Dienstleistungen der EU bedarf es der Einbeziehung von Arbeitnehmern in die Prozesse der sozialen Innovation und ihrer aktiven Teilnahme an diesen Prozessen.

---

<sup>19</sup> Siehe die Stellungnahme zum Thema *Europäisches Mindesteinkommen und Armutsindikatoren* vom 10. Dezember 2013 – SOC/482 – CESE 1960/2013.

<sup>20</sup> Siehe die Stellungnahme zu der *Mitteilung der Kommission "Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten"* vom 15. November 2012 – SOC/463 – CESE 1279/2012.

- 8) Diskriminierungsverbot und Chancengleichheit für alle durchsetzen: Dies bedeutet:  
(a) keine Diskriminierung zwischen Frauen und Männern in Sachen Sozialschutz, wirksamere Gewährleistung gleicher Bezahlung, eine Anhebung des Frauenanteils in Leitungs- und Aufsichtsgremien sowie die Ausweitung des Geltungsbereichs der Gleichbehandlungsrichtlinie über die Beschäftigung hinaus sowie (b) keine behinderungsspezifische Diskriminierung im Hinblick auf den Sozialschutz und wirksamere Garantien für die gleichberechtigte Ausübung von Menschen- und Grundrechten durch alle Menschen mit Behinderungen.
- 9) Ein Protokoll über sozialen Fortschritt in die Verträge aufnehmen: Der EWSA hat bereits vorgeschlagen, ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die EU-Verträge aufzunehmen und so die Beziehungen zwischen grundlegenden sozialen Rechten und wirtschaftlichen Freiheiten zu klären, indem bekräftigt wird, dass der Binnenmarkt kein Selbstzweck ist, sondern geschaffen wurde, um allen Unionsbürgerinnen und -bürgern sozialen Fortschritt zu bringen.<sup>21</sup>

### 2.3 **Aufbau eines demokratischen und bürgerschaftlichen Europas durch Schaffung eines europäischen öffentlichen Raums**

- 2.3.1 Die Wirtschaftskrise hat bestätigt, wie sehr die europäische Gesellschaft miteinander verflochten ist. Es liegt auf der Hand, dass die Beschlussfassung auf europäischer Ebene ohne die Unterstützung durch adäquate Governancestrukturen nicht legitim und wirksam sein kann.
- 2.3.2 Eine demokratische politische Organisation stützt sich auf zwei Säulen, eine bürgerschaftliche und eine politische. Sie sind durch das Konzept der *aktiven Bürgerschaft* miteinander verknüpft. Die EU kann die Wirtschafts- und Institutionenkrise nur dann überleben, wenn sie mutige Schritte hin zu einer *demokratischen Politikgemeinschaft* unternimmt.
- 2.3.3 Zu diesem Zweck fordert der EWSA die EU-Organe nachdrücklich auf, rasch auf ein Voranbringen der Demokratie und der Bürgerbeteiligung hinzuarbeiten, insbesondere durch die Umsetzung folgender Vorschläge:
  1. Die Ausrichtung eines *Europäischen Konvents auf der Grundlage von partizipativer Demokratie und aktiver Bürgerschaft*. Der Konvent sollte 2015 beginnen.
  2. Die Stärkung von Mechanismen für die partizipative Demokratie im Einklang mit Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Zum horizontalen zivilen Dialog (Artikel 11 Absatz 1) und vertikalen zivilen Dialog (Artikel 11 Absatz 2) fordert

---

<sup>21</sup>

Siehe die Stellungnahme zu der *Mitteilung der Kommission: Binnenmarktakte II – Gemeinsam für neues Wachstum* vom 16. Januar 2013 – INT/655 – CESE 2039/2012.

der EWSA Regeln für die jeweiligen Verfahren und Beteiligten.<sup>22</sup> Der EWSA empfiehlt überdies die Erarbeitung einer eingehenden Studie der bestehenden Verfahren zur Einbindung der Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung, die Ausweitung des Transparenz-Registers auf den Rat, die Einrichtung einer gemeinsamen Datenbank durch die EU-Organe mit Informationen über Kontakte, Anhörungen und den Dialog mit der Zivilgesellschaft sowie die Ausarbeitung eines Jahresberichts als ein nützliches Kommunikationsinstrument, um die Tragweite der Initiativen der partizipativen Demokratie in der EU zu verdeutlichen.<sup>23</sup>

3. Einführung von Kursen über Europa, seine Kultur und Geschichte in allen Mitgliedstaaten, wobei das Fach "Bürgerkunde" in den Lehrplänen einen größeren Stellenwert einnehmen und auch auf europäischer Ebene unterstützt und koordiniert werden sollte.
4. Spezielle Schwerpunktsetzung auf die Grundrechte der EU-Bürgerschaft. Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU die Kultur der Grundrechte auf EU-Ebene stärken sollte und dass die grundlegenden sozialen Rechte untrennbar mit den bürgerlichen und politischen Rechten verbunden sind und deshalb besondere Aufmerksamkeit erfordern. Dabei sollten die Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus der *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2014 zu den beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekten der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets*<sup>24</sup> berücksichtigt werden. Der EWSA ersucht die Mitgliedstaaten deshalb eindringlich darum, auf allen Regierungsebenen und in allen Bereichen der Politik und der Rechtsetzung eine Grundrechtskultur zu schaffen, die auf die Wahrung und Förderung dieser Rechte ausgerichtet ist, und er bestärkt die Kommission nachdrücklich darin, ihrer diesbezüglichen Aufgabe als Hüterin der Verträge wirksam nachzukommen und weitere Initiativen und Fördermaßnahmen vorzuschlagen.<sup>25</sup>
5. Die Verabschiedung eines Statuts für eine europäische Stiftung und eine europäische Vereinigung. Der EWSA bekräftigt ebenfalls seine Unterstützung des Projekts eines Statuts der Europäischen Stiftung und dringt auf die Notwendigkeit, jegliche Diskriminierung ihrer Stellung im Vergleich zu den europäischen politischen Stiftungen

---

22 Siehe die Stellungnahme zum Thema *Die Umsetzung des Vertrags von Lissabon: Partizipative Demokratie und die europäische Bürgerinitiative (Artikel 11)* vom 17. März 2010 – SC/032 – CESE 465/2010.

23 Siehe die Stellungnahme zum Thema *Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Umsetzung von Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 11 Absatz 2 des Vertrags von Lissabon* vom 14. November 2012 – SOC/423 – CESE 766/2012.

24 P7\_TA(2014)0240.

25 Siehe die Stellungnahme zu der *Mitteilung der Kommission – Strategie zur wirksamen Umsetzung der Charta der Grundrechte durch die Europäische Union* vom 21. September 2011 – SOC/401 – CESE 1381/2011, [ABl. C 376 vom 22.12.2011, S. 74-80](#).

zu vermeiden.<sup>26</sup> Er ersucht die Kommission ferner erneut, einen Vorschlag zum Europäischen Statut der Vereinigungen zu unterbreiten.<sup>27</sup>

6. Unverzügliche Überprüfung durch die Europäische Kommission der "Mindeststandards für die Konsultation" zwecks Aufnahme besserer Standards für die Teilhabe der Zivilgesellschaft am europäischen Beschlussfassungsprozess durch die Aufnahme von mehr systematischen, strukturierten und bei Bedarf finanziell unterstützten Konsultationsmechanismen. Die Mitgliedstaaten sollten zumindest sicherstellen, dass auf der geeigneten Ebene beratende Gremien eingerichtet werden, um Empfehlungen für die ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter Beteiligung vieler verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Förderung des zivilen Dialogs und des Konsenses über die demokratische Regierungsführung aufzustellen.<sup>28</sup>
7. Die Vorlage eines Grünbuchs durch die Europäische Kommission, in dem ein klarer politischer Vorschlag zur Einrichtung eines ständigen und stabilen Rahmens für einen vertikalen, transversalen und horizontalen zivilen Dialog entwickelt wird. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die erforderlichen Mechanismen und Gremien einzurichten, damit der zivile Dialog auf nationaler und subnationaler Ebene geführt werden kann.
8. Die Gewährung derselben Rechte für Drittstaatsangehörige, die langfristig in der EU aufenthaltsberechtigt sind, wie für Unionsbürger. Die Charta der Grundrechte gilt für alle in Europa lebenden Menschen, nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der EU. Daher muss die EU einen Einwanderungskodex aufstellen, der mehr Transparenz und Rechtsklarheit hinsichtlich der Rechte und Freiheiten der sich in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen bietet. Der EWSA ist der Auffassung, dass das EU-Einwanderungsrecht die Gleichbehandlung und das Diskriminierungsverbot garantieren muss.<sup>29</sup>
9. Die Förderung von Projekten, die für die Öffentlichkeit sichtbar sind, wie die europäische Jugendkarte, das Europäische Hochschulinstitut und der Aufbau eines strukturierten öffentlichen Raums für den zivilen Dialog.

---

26 Siehe die Stellungnahme zu dem *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen* vom 14. Februar 2013 – SOC/036 – CESE 920/2013.

27 Siehe die unter Ziffer 29 genannte Stellungnahme.

28 Siehe auch die Stellungnahme zum Thema *Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger* (2013) vom 29. März 2012 – SOC/428 – CESE 822/2012.

29 Siehe die Stellungnahme zum Thema *Eine integrativere, zugewandererfreundliche Bürgerschaft* vom 16. Oktober 2013 – SOC/479 – CESE 3210/2013.